

Früher, entschiedener und substanzieller?

Engagiertes außenpolitisches Handeln und militärische Zurückhaltung sind kein Widerspruch

EDITORIAL

Ist Deutschland das Land der Drückeberger? Wer in der letzten Zeit die Debatten in den Medien oder die Reden führender Politiker auf der Münchener Sicherheitskonferenz verfolgt hat, konnte einen solchen Eindruck gewinnen.

Die Forderung nach Übernahme stärkerer internationaler Verantwortung tönte aus verschiedenen Ecken, „auch militärisch“ hallte es nach. Und der Vorwurf der Weltabgewandtheit und Bequemlichkeit angesichts humanitärer Katastrophen oder globaler Ordnungsprobleme scheint den Boden zu bereiten für weitere künftige militärische Auslandseinsätze.

Müssen wir uns also schämen? Die vier Autoren entwirren das emotionale Knäuel und bilanzieren die deutsche Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Wo und wie engagiert sich Deutschland bei Krisen im Ausland? Wie fällt der Vergleich zu seinen Nachbarn aus? Wo übernimmt es internationale Verantwortung? Ist es sinnvoll, humanitäre militärische Einsätze auszuweiten?

Gerade die Forschung zur Bilanz der Militäreinsätze im Ausland steht noch in ihren Anfängen, aber bisherige Ergebnisse mahnen zur Vorsicht und ermutigen nicht dazu, dieses Instrument noch stärker als bisher einzusetzen. Verantwortung definiert sich nicht allein militärisch und eine engagierte Außenpolitik kann noch mit vielen anderen Mitteln betrieben werden. Und so kommen die Autoren zu dem Schluss, dass eine engagiertere Außenpolitik zu begrüßen ist, aber jede neue Einsatzabwägung im Ausland zunächst mit einem großen Fragezeichen versehen werden sollte. *Karin Hammer*



Auf der Münchner Sicherheitskonferenz mahnte die politische Führung Deutschlands die Übernahme größerer internationaler Verantwortung an. Damit eröffnete sie eine Debatte über die außen- und sicherheitspolitische Rolle, die Deutschland künftig einnehmen könnte und sollte.

Foto: picture alliance/dpa

Arvid Bell/Matthias Dembinski
Thorsten Gromes/Berthold Meyer

„Wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben“, verkündete Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die zum ersten Mal von einem deutschen Staatsoberhaupt eröffnet wurde. Die Bundesrepublik müsse „bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde“ und „sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen.“¹

Außenminister Frank-Walter Steinmeier pflichtete auf derselben Veranstaltung nahezu wortgleich bei: „Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen.“² Verteidigungsministerin

Ursula von der Leyen sekundierte: „Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren.“³

Nun ist das mit der „Verantwortung“ so eine Sache. Verantwortung ist abstrakt und muss, je nach Kontext, mit Bedeutung gefüllt werden. In der deutschen Öffentlichkeit war der Kontext schnell hergestellt, und Verteidiger wie Kritiker von Gauck machten sich eine militärische Interpretation seines Verantwortungsappells zu eigen. So lobte Josef Joffe in der ZEIT Gaucks Rede zwar als „nicht nur historisch, sondern pädagogisch wertvoll“, um jedoch dann bedauernd festzustellen: „Die Eliten haben kaum gebellt, doch vox populi grollt vernehmlich: Laut ZDF-Politbarometer wollen fast zwei Drittel keine weiteren Militäreinsätze.“⁴ In der Frankfurter Allgemeinen forderte Günther Nonnenmacher: „Bei dem

Versuch, eine Welt im Wandel aktiv mitzugestalten, muss ein Staat jedoch alle Mittel nutzen können – wenn es geboten ist, auch militärische.“⁵ Clemens Wergin erklärte in der WELT: „Militärische Potenz ist eben auch ein wichtiges Element der Außenpolitik.“⁶ In der Interpretation ähnlich, aber mit anderer Wertung, kritisierte Jakob Augstein: „Diese Politiker gebrauchen das Wort Krieg nicht. Aber nichts anderes ist gemeint, wenn Steinmeier von ‚tätiger Außenpolitik‘ spricht und Gauck die Deutschen auffordert, ‚sich der Welt zuzuwenden.“⁷

Ob diese militärfokussierte Lesart ihres Vorstoßes von Gauck, Steinmeier und von der Leyen beabsichtigt war, sei dahingestellt. Gauck leistet dieser Interpretation allerdings dadurch Vorschub, dass er mit Sprachbildern arbeitet, die die Ablehnung und Kritik militärischer Gewalt indirekt als „Weltabgewandtheit“ oder „Bequemlichkeit“ abwerten. Gauck, Steinmeier und von der Leyen wissen um die Vorbehalte, die es in der deutschen Gesellschaft gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr gibt. Wollten sie eine Grundsatzdebatte zu Grundlagen, Zielen und Strategien deutscher Außenpolitik anstoßen, oder mehr Interesse an internationaler Politik wecken, hätten sie diese Vorbehalte antizipieren und geschickter aufgreifen müssen. Da dies nicht geschehen ist und öffentliche Meinungsmacher eine militärische Lesart dankbar aufgriffen, wurde die sicherheitspolitische Debatte auf diese militärischen Fragen verkürzt. Hierzu stellen wir drei Thesen (siehe Kasten) zur Diskussion, die wir ausführen und mit Erkenntnissen aus der Konfliktforschung untermauern.

Der Vorwurf der Weltabgewandtheit

Deutschland, so Bundespräsident Gauck in München, sei „überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung.“ Daraus leite sich, erklärt das Staatsoberhaupt, „Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt rundherum tief greifend verän-

Eine Erwiderung auf die Münchner Debatte in drei Thesen

1. Abstrakte Kritik an deutscher „Weltabgewandtheit“ und „Kommentieren von der Seitenlinie“ leistet dem populären Trugschluss Vorschub, es gebe nur wirkungsloses Reden einerseits und entschiedenes militärisches Handeln andererseits. Dies lässt nicht nur die substanziellen Beiträge, die Deutschland zu internationaler Konfliktbewältigung bereits leistet, unter den Tisch fallen, sondern suggeriert eine Dichotomie zwischen „Eingreifen“ und „Wegschauen“, die der Realität außenpolitischer Handlungsoptionen nicht gerecht wird.

2. Deutschlands Beiträge zu multilateralen Militäreinsätzen sind im Vergleich mit anderen europäischen Mittelmächten nicht „bequem“. Zwar gibt es Unterschiede zwischen den Einsatzprofilen der Bundeswehr und denen verbündeter Streitkräfte. Für diese Differenzen gibt es allerdings gute Gründe, wie den deutschen Parlamentsvorbehalt, die zivile Kultur der Bundesrepublik und eine öffentliche Skepsis gegenüber Militäreinsätzen. Wir erkennen nicht, wie ein Abräumen dieser drei positiven Faktoren dazu geeignet wäre, internationale Konflikte zu lösen. Die Befriedung prominenter Krisenherde (Irak, Afghanistan, Libyen) ist in der letzten Zeit wohl kaum daran gescheitert, dass der Westen nicht „entschieden“ genug interveniert hätte.

3. Die pauschale Forderung nach „mehr Militär“ vernachlässigt die begrenzte Wirksamkeit dieses Instruments und zieht die falschen Schlüsse aus den bisherigen Erfahrungen. So haben friedenserhaltende Einsätze wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge eine weitaus positivere Bilanz vorzuweisen als so genannte humanitäre militärische Interventionen. In der aktuellen Debatte tauchen solche Zwischentöne nicht auf, und alle Aktivitäten der Bundeswehr werden gleichgesetzt, und dann pauschal abgelehnt oder gutgeheißen. An dieser Stelle sollte die Debatte ansetzen und Ziele, Strategien und Wirkungen differenzieren.

dert, das ist die große Herausforderung unserer Zeit.“

Der Bundespräsident führt aus, Problemlösung könne „Geld kosten, manchmal viel Geld. Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein.“ Das „manchmal“ lässt Raum für Interpretationen: Wenn „manchmal“ darauf hinausliefe, die Bundeswehr dann einzusetzen, wenn es opportun erscheint, würden Militäreinsätze zum normalen Mittel nationaler Sicherheitspolitik. Eine Relativierung folgt daher sofort: „Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen“, beruhigt der Präsident, „es wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen.“ Ähnlich versichert die Verteidigungsministerin: „Verstehen Sie mich nicht falsch: Dies bedeutet nicht, dass wir dazu tendieren sollten, unser ganzes militärisches Spektrum einzusetzen – auf keinen Fall.“

Hier werden Forderungen relativiert, die niemand gestellt hat. Niemand verlangt ernsthaft, Deutschland solle „rein militärische Lösungen“ unterstützen, politisch nicht „besonnen“ vorgehen oder diplomatische Möglichkeiten in Krisensituationen

nicht „ausschöpfen“, sondern stattdessen sein „ganzes militärisches Spektrum“ auf Krisengebiete loslassen. Es findet eine Distanzierung von einem militaristischen Schreckgespenst statt, das es gar nicht gibt.

Umso interessanter ist die Abgrenzung der drei Redner von denjenigen, die Militäreinsätze mit Skepsis sehen. Der Außenminister mahnt, dass eine Kultur der Zurückhaltung „für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens“ werden dürfe. Deutschland sei „zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“ Die Verteidigungsministerin zeigt sich betroffen von der Situation in Syrien, Libyen und Afrika im Allgemeinen und stellt fest, dass „diese Krisen und Konflikte“ an „unser humanitäres Gewissen“ appellieren. „Daher ist Abwarten keine Option.“ Joachim Gauck zeigt sich ähnlich betrübt über die Haltung mancher seiner Landsleute: „Ich muss wohl sehen“, klagt er, „dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken.“

Es sind solche Formulierungen, mit denen der Präsident – falls es ihm tatsächlich

nicht um mehr Militäreinsätze ging – ein Eigentümer schießt. Der Verweis auf die „aufrechten Pazifisten“ zeigt, dass es doch um Fragen von Krieg und Frieden geht. Hinter der Ablehnung von Militärinterventionen wittert er „Weltabgewandtheit“. Wenn es ihm an dieser zentralen Stelle nicht um Militäreinsätze ginge, bräuchte er den rhetorischen Kunstgriff zu den „Pazifisten“ nicht, sondern könnte auch Nationalismus, Isolationismus oder Ignoranz gegenüber dem Welthunger anprangern. Doch darum geht es offenbar nicht. Wer militärisch gestützte Außenpolitik kritisch sieht, setzt sich dem Verdacht der Bequemlichkeit aus. Das deckt sich mit den eingangs zitierten Leitartikeln führender deutscher Zeitungen.

Dabei ist gerade die Haltung, militärische Einsätze äußerst skeptisch zu sehen, und sie als Ausnahmefälle in Notsituationen kritisch gegen Alternativen abzuwägen, alles andere als bequem. Wer eine solche Position einnimmt, wägt sorgfältig Anlass, Rechtmäßigkeit, Zweck- und Verhältnismäßigkeit sowie die sich daraus ergebenden moralischen Dilemmata ab. In vielen Situationen bedeutet dies die Wahl zwischen kleinerem und größerem Übel. Eine holzschnittartige Gegenüberstellung von naiven, aber ehrenwerten Pazifisten und unmoralischen „Wegsehern“ rückt ausgerechnet diesen vernunft- und moralbegründeten Skeptizismus ins Zwielicht.

Militär – wofür?

Unschärf bleibt sowohl in den Münchner Reden als auch in der öffentlichen Debatte, *warum* sich Deutschland stärker militärisch engagieren sollte. Wir können drei grobe Begründungszusammenhänge ausmachen:

1. Ein erster Begründungsstrang stellt einen Zusammenhang her zwischen dem wachsenden Gewicht Deutschlands und einer damit zunehmenden Verantwortung für die Aufrechterhaltung der globalen Ordnung. Deutschland, so Gauck, zeige zwar seit langem, dass es „international verantwortlich handelt.“ Es könne aber „entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, NATO und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen.“

2. Eine zweite Begründung stellt auf die Verantwortung gegenüber den westlichen

Partnern ab: „Wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen?“, fragt Gauck.

3. Die dritte und am deutlichsten ausformulierte Begründung verweist auf die Werteorientierung deutscher Außenpolitik. Deutschland, so Gauck, solle „Hilfe anderen nicht einfach zu versagen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden.“

Wir finden: Diese durchaus ernst zu nehmenden Thesen rechtfertigen noch lange nicht den Ruf nach mehr Militär.

Auch entschiedene Diplomatie ist substanzvoll

„Es spricht für Gaucks Mut“, findet Günther Nonnenmacher (FAZ), „dass er [...] das abgewetzte Wort von der ‚Kultur der (militärischen) Zurückhaltung‘, das immer mehr zum Vorwand für Nichtstun geworden ist, regelrecht dekonstruiert hat.“ Doch eine Politik der militärischen Zurückhaltung, die primär auf Diplomatie setzt, ist keineswegs bequem oder weltabgewandt. Die Bundesrepublik gestaltet, geprägt von einer Kultur der militärischen Zurückhaltung, jene globalen Ordnungsstrukturen mit, die Gauck und die ihm wohlgesonnenen außenpolitischen Leitartikler verteidigen wollen:

Deutschland steht in der ersten Reihe bei der Weiterentwicklung abrüstungspolitischer Regime und der Durchsetzung der entsprechenden Normen, beispielsweise als Mitglied der 3+3-Gruppe, die die Verhandlungen mit Teheran über die Begrenzung des iranischen Nuklearprogramms führt. Auch auf dem Gebiet der Krisenbewältigung ist oder war Deutschland in vielen der relevanten Gremien vertreten, etwa bei der Balkan-Kontaktgruppe, die Friedenspläne für Bosnien-Herzegowina und Kosovo entwickelte. Ebenso wenig kann das Engagement Berlins bei der Weiterentwicklung globaler Normen und Institutionen wie dem Internationalen Strafgerichtshof bezweifelt werden.

Deutschland bestimmte außerdem an entscheidenden Stellen die internationa-

„Neue Macht, neue Verantwortung“

Die Formulierungen Gaucks zu Deutschlands „Kerninteresse“ entspringen keiner tagespolitischen Laune, sondern sind Teil einer längerfristig angelegten Intervention mit dem Ziel der Neubestimmung deutscher Außenpolitik. Sie finden sich nahezu wortgleich im Papier „Neue Macht, neue Verantwortung“ zweier einflussreicher deutscher Thinktanks.

Man müsste an dieser Stelle diskutieren, ob das von Gauck postulierte rein ökonomisch definierte und statische Interesse der Pluralität demokratischer Gesellschaften überhaupt gerecht wird. Vielmehr bilden sich außenpolitische Interessen wie Strategien im vernetzten Diskurs heraus. Die öffentliche Debatte ist jedoch bedauerlicherweise über solche Punkte hinweggegangen und hat sich allein auf die militärische Frage fokussiert. Aus diesem Grunde übernehmen wir die Grundprämissen des Bundespräsidenten und knüpfen an die aktuelle Debatte an.

Zum Nach- und Weiterlesen: Stiftung Wissenschaft und Politik/German Fund of the United States: Neue Macht. Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Berlin 2013, <http://bit.ly/Ly9lMV> (10.4.14).

le Reaktion auf Krisen mit. So startete es die entscheidende Initiative für einen politischen Ausweg aus dem Kosovokrieg (Fischer-Plan) und beeinflusste auch danach das Vorgehen von NATO und EU in Südosteuropa. Der Petersberg-Prozess, gestartet in der Nähe von Bonn, lieferte die Grundlage für die internationale Strategie zu Afghanistan, und Deutschland sitzt der Internationalen Kontaktgruppe zu Afghanistan und Pakistan vor. Auch bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise um die Ukraine sehen Beobachter Deutschland in einer Führungsrolle. Sicherlich mag man Passivität in den letzten Jahren sowie einzelne Entscheidungen Deutschlands wie etwa in der Libyen-Politik kritisieren. Ein Muster von Weltabgewandtheit lässt sich aber nicht erkennen.

Besteht also kein Veränderungsbedarf in der deutschen Außenpolitik? Doch, denn Deutschland könnte gerade im diplomatischen und nicht-militärischen Bereich deutlich „substanziellere“ Anstrengungen unternehmen, um international „Verantwortung“ zu übernehmen. Denkbar wären beispielsweise eine entschiedener Klima-politik, eine Öffnung der EU-Agrarmärkte für Produkte aus Afrika, die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten oder eine restriktivere Rüstungsexportpolitik. Alle diese Punkte sind hoch sicherheitsrelevant, spielen aber in der Debatte nach München kaum eine Rolle. Zwar verweist Gauck auch auf die „Prävention von Konflikten“ und stellt richtigerweise fest, dass Deutschland hierfür „eigene und eigens Kompetenz entwickelt“ habe. Auf einen zweiten Satz zu ziviler Krisenprävention oder gar Ideen zur strategischen Rolle, die sie in einer verantwortungsvollen deutschen Außenpolitik spielen könnte, wartet man in seiner Rede, wie auch in der öffentlichen Debatte, vergeblich. Stattdessen stürzten sich Gegner wie Verteidiger Gaucks auf die militärische Frage.

Die Stabilität der globalisierten und interdependenten Ordnung hängt in erster Linie von der Legitimität und Problemlösungsfähigkeit globaler Regelwerke ab. Eine als reine Interessendurchsetzung verstandene Außenpolitik, die auch noch militärisch abgesichert werden soll, läuft dem direkt zuwider. Anachronistisch ist die Vorstellung, die globalen Ordnungsprobleme seien mit mehr Militär zu lösen und die Mächte des

alten Kontinents berufen, in anderen Teilen der Welt Ordnung durchzusetzen.

Militärisch leistet Deutschland seine Beiträge

Ist Deutschland ein bündnispolitischer Drückeberger? „Die Partner in EU und NATO hegen auch längst und zu Recht den Verdacht, der Verweis auf die deutsche Nazi-Geschichte diene oft nur als Vorwand, sich aus allem rauszuhalten“, klagt Clemens Wergin (DIE WELT). Doch auch militärisch ist Deutschland alles andere als bequem:

Die Bundesrepublik stellt verlässlich wichtige Kernfähigkeiten für die kollektive Verteidigung im Rahmen der NATO und beteiligt sich an multilateralen Missionen. Seit dem ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr in Kambodscha 1992 beteiligte sich Deutschland an 17 multilateralen Einsätzen mit größeren Kontingenten in Somalia, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Afghanistan, Kuwait, am Horn von Afrika, in der Demokratischen Republik Kongo, im Libanon und in Mali. Hinzu kam rund ein Dutzend weitere Beteiligungen mit weniger als 50 SoldatInnen.⁸ Anfang 2014 befinden sich ca. 4 900 SoldatInnen auf Auslandsmissionen. Addiert man die Einsatzzahlen für die Bundeswehr-



Entwaffnen statt bewaffnen: Deutsche Soldaten legen 2005 in einem Basislager 15 km östlich von Sarajewo/Bosnien und Herzegowina Waffen bereit, die unbrauchbar gemacht werden sollen. Foto: picture alliance/AP Photo

mandate seit 1996 zusammen und legt viermonatige Stehzeiten zugrunde, so dürften insgesamt über 300 000 Bundeswehrangehörige in den verschiedenen Einsatzgebieten gewesen sein. Allein an einsatzbedingten Zusatzaufgaben kosteten die militärischen Auslandseinsätze Deutschland von 1992 bis 2013 ca. 17 Mrd. Euro.⁹ Über 100 Bundeswehrangehörige kamen bei diesen Einsätzen ums Leben. 55 Todesfälle, davon 35 durch Feindeinwirkung, ereigneten sich in Afghanistan.

Zum Vergleich: Großbritannien gab im Zeitraum von 1993 bis 2013 mit 33 Mrd. Pfund (ca. 41 Mrd. Euro) deutlich mehr für Auslandseinsätze aus, und Frankreich hat mit derzeit 8 300 SoldatInnen mehr Truppen im Rahmen internationaler Einsätze stationiert. Beide Staaten hatten allein in Afghanistan mehr Todesfälle zu beklagen – Großbritannien 447 SoldatInnen (davon 353 durch Feindeinwirkung) und Frankreich 86 SoldatInnen (davon 70 durch Feindeinwirkung).¹⁰

Der Vergleich französischer, britischer und deutscher Beiträge zu den drei größten Missionen der letzten Dekaden weist Unterschiede auf, relativiert aber die These, Deutschland halte sich bequem „aus allem raus“:

- ◆ Bosnien und Herzegowina: Für die friedenserhaltende Implementation Force (IFOR) nach dem Dayton-Abkommen Ende 1995 meldete Großbritannien 10 500, Frankreich 7 500 und Deutschland 4 000 SoldatInnen. Der britische Anteil blieb bis 2001 der größte (2 600 SoldatInnen), während Deutschland (1 900) und Frankreich (2 200) in dieser Zeit etwa gleich große Anteile stellten. In der nachfolgenden Stabilization Force (SFOR) nahm das britische Engagement deutlich ab, während das deutsche in etwa gleich groß blieb. Mit dem Übergang zur EUFOR-Operation Althea zog sich Großbritannien immer stärker zurück, während Deutschland und Frankreich erst später ihren Truppenumfang reduzierten.
- ◆ Kosovo: Das Engagement im Kosovo ab 1999 konzentrierte sich zunächst auf Großbritannien, Frankreich und Deutschland, wobei die Briten im ersten Jahr mit nominell 9 600 SoldatInnen mehr Truppen stellten als die beiden anderen zusammen. Das Bild änderte sich aber schon ab 2000. Von da an bis in

die Gegenwart stellten Deutschland und Frankreich jeweils die meisten Truppen, während das britische Kontingent schon ab 2002 deutlich schrumpfte.

- ◆ Afghanistan: Im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) erreichte Deutschland 2008 mit 5 256 SoldatInnen die höchste Präsenzzahl. Die Bundesrepublik war zeitweilig führender Truppensteller (wobei Großbritannien im Rahmen der parallelen Operation Enduring Freedom deutlich mehr Truppen präsent hatte), wurde dann aber 2006 von den Briten abgelöst, die zeitweise bis zu 9 500 SoldatInnen stellten. Das französische Kontingent erreichte dagegen in der Spitze nur knapp 4 000 SoldatInnen und blieb deutlich unter dem deutschen.¹¹

Unterschiede anerkennen

Jenseits dieser Zahlenvergleiche fällt auf, dass sich Deutschland bei multilateralen Missionen eher in risikoärmeren Einsatzgebieten engagiert oder risikoärmere Einsatzrollen übernimmt. Auch beteiligt sich Deutschland nicht an allen Einsätzen seiner westlichen Partner. Daraus lässt sich aber kaum die Forderung abzuleiten, Deutschland müsse im Namen der Bündnissolidarität mehr leisten, denn das selektive Engagement trifft auch auf andere Länder zu: So will Frankreich komplett aus Afghanistan abziehen, wohingegen sich Deutschland, eine völkerrechtliche Grundlage vorausgesetzt, an der ISAF-Folgemission beteiligen möchte. Frankreich und Deutschland beteiligten sich nicht an der Intervention im Irak, die phasenweise den Großteil der britischen Expeditionstreitkräfte band und den größeren Teil der oben genannten 33 Mrd. Pfund für Auslandseinsätze aufzehrte. Ebenso wie Großbritannien beteiligte sich Deutschland nicht an der von Frankreich initiierten EU-Mission im Tschad 2008, die Experten im Nachgang als konfliktverschärfend einschätzten.¹²

Wenn sich also vergleichbare Länder mehr engagieren, weist dies nicht unbedingt auf mangelnde deutsche Verantwortung hin. Im Gegenteil ist die genaue Prüfung, ob ein militärischer Einsatz tatsächlich stabilisierend wirken und humanitäres Leid lindern kann, Ausweis verantwortungsvoller Sicherheitspolitik. Diese Prüfung kann ggf. dazu führen, sich nicht an einer Mission zu beteiligen.

Ein Vergleich Deutschlands mit Großbritannien und Frankreich greift außerdem zu kurz, wenn er nicht die spezifischen Interessen und historischen Bindungen sowie die verfassungsmäßigen Einsatzkriterien und die politischen Kulturen der Staaten berücksichtigt. Frankreich und Großbritannien, beides ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, waren bis in die 1960er Jahre Kolonialmächte. Sie haben nach wie vor enge Verbindungen zu ihren ehemaligen Kolonien und anderen Staaten insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent. Das erklärt ihr im Vergleich zu Deutschland größeres militärisches Engagement, wie immer man auch Absichten und Effekte der Interventionen bewerten möchte.

Hinzu kommt: Während die Streitkräfte Großbritanniens und Frankreichs mehr oder weniger unter der ausschließlichen Verfügbarkeit der Regierung stehen, ist die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Das heißt, die Abgeordneten werden in die Pflicht genommen, für das Wohl und Wehe der im Einsatz befindlichen SoldatInnen Verantwortung zu übernehmen. Möglicherweise wirkt auch dies als Hemmschuh gegen ein stärkeres militärisches Engagement. In dieser zusätzlichen, systematischen Prüfung militärischer Einsätze durch ein weiteres Verfassungsorgan, das zudem die Verbindung zwischen Bevölkerung und Streitkräften sichert, sehen wir allerdings ein zusätzliches Element von Verantwortungspolitik. Schließlich unterscheidet sich Deutschland in Bezug auf die Stellung des Militärs innerhalb der Gesellschaft von anderen westlichen Ländern. Der Grundsatz, Militär nur als letztes Mittel und nur in äußersten Notfällen einzusetzen, gilt sicherlich auch für andere Länder. In Deutschland beharrt aber die kritische Öffentlichkeit in besonderer Weise auf einer überzeugenden Begründung für Militäreinsätze. All diese Elemente, die die zivile politische Kultur unseres Landes ausmachen, sind unserer Auffassung nach aber keine Probleme, sondern zu bewahrende politische Errungenschaften.

Militäreinsätze differenzieren

Der Schutz von Menschen in Krisen- und Kriegsgebieten dient in den drei Münchener Reden wie in der öffentlichen Debatte als

Zum Weiterlesen

Busche Hubertus/Schubbe, Daniel (Hg.) 2013: Die Humanitäre Intervention in der ethischen Beurteilung, Tübingen. UN General Assembly 2005: 2005 World Summit Outcome, A/RES/60/1, <http://bit.ly/1fdGZOJ> (10.4.14).

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung 2014: Stellungnahme des Sprecher/innenrates der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zur Debatte um die deutsche Außenpolitik vom 11.3.14, Köln, www.konfliktbearbeitung.net (10.4.14).

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze 2014: Aktuelle Informationen aus Friedenseinsätzen, Berlin, <http://bit.ly/OmK4WR> (10.4.14).

Die Intervention in Libyen wird in der Friedensforschung kontrovers diskutiert: Z.B. *Müller, Harald* 2011: Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen. Wie sich Deutschland moralisch und außenpolitisch in die Isolation manövrierte, HSFK-Standpunkte, Nr. 2/2011, Frankfurt am Main; und *Beestermöller, Gerhard* (Hrsg.) 2014: Libyen: Missbrauch der Responsibility to Protect, Baden Baden: Nomos.

zentrale Begründung für ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands. Wenn Gauck dazu aufruft, „Hilfe anderen nicht einfach zu versagen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden“, greift er einen Beschluss der UN-Vollversammlung aus dem Jahr 2005 auf, der auch militärische Interventionen als mögliche Reaktion vorsieht.

Der Bundespräsident führt weiter aus, der Einsatz von Militär könne nur „als äußerstes Mittel“ und erst „nach sorgfältiger Prüfung und nach Folgenabwägung“ geschehen. Nimmt man diese Mahnung ernst, dann muss man humanitär begründete Militäreinsätze nach der Aussicht bewerten, ob sie zu einem Ende der Gewalt beitragen oder wenigstens das Leid reduzieren. Wir teilen die Position, dass der Einsatz militärischer Mittel jenseits der kollektiven Sicherheit und Verteidigung nur zur Verhinderung von schwersten Menschenrechtsverletzungen und nach sorgfältiger Folgenabwägung vertretbar ist. Allerdings steht die Bilanz der Einsätze etwa in Afghanistan oder in Libyen als Warnung, die Möglichkeiten des militärischen Instruments in derartigen Szenarien nicht zu überschätzen. Auch über diese Einzelfälle hinaus fällt eine systematische Bilanz militärischer Einsätze für humanitäre Zwecke gemischt aus (siehe Kasten). Die Bandbreite derartiger Einsätze reicht von Katastrophenhilfe und Evakuierung von Zivilisten bis zu friedenserhaltenden und friedenschaffenden Missionen. Die prominentesten Einsätze sind friedenserhaltende Einsätze sowie sogenannte humanitäre militärische Interventionen.

Positive Bilanz von Friedenserhaltung

Bei friedenserhaltenden Einsätzen sollen ausländische SoldatInnen nach einem Waffenstillstand oder Friedensschluss weitere Kämpfe verhindern. Manche Peacekeeping-Missionen beschränken sich auf Beobachtung, andere stellen sich zwischen die Konfliktparteien und wirken aktiv auf deren Entwaffnung hin. Die entsendeten SoldatInnen dürfen in einigen Fällen nur sich selbst verteidigen, in anderen auch ih-

ren Auftrag mit Waffengewalt durchsetzen. Friedenstruppen sollen Übergriffe auf Zivilisten verhindern und das Sicherheitsbedürfnis der Konfliktparteien erfüllen, indem sie allen Seiten Rückzug und Abrüstung ohne Furcht vor einem vernichtenden Angriff des Gegners ermöglichen.

Die breite Öffentlichkeit erinnert sich vor allem an Beispiele katastrophal gescheiterter Einsätze, etwa an Srebrenica oder an Ruanda. Insgesamt aber fällt die Gesamtbilanz friedenserhaltender Einsätze positiv aus. Einer deutlichen Mehrheit statistischer Arbeiten zufolge machen Friedenstruppen in Nachkriegsgesellschaften einen weiteren Krieg unwahrscheinlicher.¹³ Eine führende Studie aus Princeton sieht einen erheblichen positiven Effekt: Friedenserhaltung senke die Wahrscheinlichkeit eines neuen Krieges um 60–85%.¹⁴ Angesichts dieser Befunde gibt es gute Gründe für eine stärkere deutsche Beteiligung an Missionen der Friedenserhaltung, um so internationale „Verantwortung“ zu übernehmen. Die Worte „Friedenserhaltung“ oder „Blauhelme“ spielen in der aktuellen Debatte aber bestenfalls eine nachgeordnete Rolle. Dadurch drängt sich der Verdacht auf, dass es gar nicht um die Lösung internationaler humanitärer Krisen geht, sondern um deutsche oder westliche Interessenpolitik.

Gemischte Bilanz humanitärer militärischer Interventionen

Bei sogenannten humanitären militärischen Interventionen, in den letzten Jahren vor allem unter dem Stichwort der internationalen Schutzverantwortung („responsibility to protect“) diskutiert, handelt es sich um ein vielschichtiges und schwer abgrenzbares Phänomen. Versuche, ein Abkommen zu erzwingen, lassen sich ebenso darunter fassen wie Einsätze zur Durchsetzung von Flugverbotszonen oder zum Schutz von Hilfslieferungen. Auch Einsätze mit einem friedenserhaltenden Mandat, die sich mit fortdauernder Gewalt konfrontiert sehen, gelten oft als humanitäre militärische Intervention. Bei allen Unterschieden haben diese Missionen gemeinsam: Ein Staat schickt SoldatInnen in ein anderes Land, um dort unter Androhung oder Ausübung von Zwang erklärtermaßen das Leben frem-

der Staatsangehöriger zu schützen, die von einer durch Gewalt geprägten Notlage bedroht sind.

Wer stärkeres Engagement bei humanitären militärischen Interventionen fordert, kann sich nicht auf systematische wissenschaftliche Studien zu deren Erfolg und Scheitern berufen, denn über einzelne Fälle hinaus ist wenig über das Wirken solcher Einsätze bekannt. Daher liegt es nahe, auf die Befunde aus angrenzenden Forschungsfeldern zurückzugreifen. Zu diesen zählen statistischen Untersuchungen zu Bürgerkriegen, die überwiegend zum Schluss kommen, dass militärische Interventionen derartige Kriege in die Länge ziehen, vor allem wenn sie auf Gegeninterventionen von weiteren externen Akteuren treffen.¹⁵ Andere Arbeiten untersuchen die Erfolgsbedingungen von militärischen Interventionen, die Massenmorde eindämmen sollen, und präsentieren widersprüchliche Ergebnisse. Beispielsweise bewirken laut einer Analyse in der Zeitschrift „Civil Wars“ nur jene Interventionen einen Gewaltrückgang, die sich direkt gegen die Täter richten.¹⁶ Dem steht eine im „Journal of Conflict Resolution“ veröffentlichte Studie entgegen, derzufolge auf lange Sicht nur unparteiische Interventionen völkermörderische Gewalt einschränken.¹⁷

Die bisherigen Befunde mögen keine pauschale Ablehnung humanitärer militärischer Interventionen rechtfertigen, doch ebenso wenig stützen sie die Forderung nach einem größeren militärischen Engagement. Sie unterstreichen vor allem die Notwendigkeit, Chancen und Risiken einer Intervention sorgfältig zu prüfen, was unserer Auffassung nach eine Zurückhaltung bei diesen Einsätzen nahelegt.

Verantwortung nicht mit Auslandseinsätzen gleichsetzen

Sicherlich rufen die Reden in München nicht ausschließlich nach mehr Militäreinsätzen. Zudem hebt sich die Rede des Außenministers an einigen Stellen von der des Präsidenten ab. Ausdrücklich nennt Steinmeier z. B. das Vernichten syrischer Chemiewaffenbestände in deutschen Anlagen als Beispiel „konkreter“ Verantwortung und ruft dazu auf, „intensiver und kreativer“ darüber nachzudenken, „wie wir den Instru-

Bilanzierung aller humanitärer militärischer Interventionen 1947-2005

Matthias Dembinski und Thorsten Gromes legten 2013 eine Bestandsaufnahme aller humanitären Interventionen von 1947-2005 vor. Darin bilanzieren sie die kurz- und mittelfristige Veränderung der Gewaltlage in den Ländern, in denen eine solche militärische Intervention stattgefunden hat. Obwohl die Datenlage unsicher und die Bilanz vorläufig ist, warnen die Ergebnisse vor zu hohen Erwartungen an solche Interventionen.

Zwar gibt es Hinweise darauf, dass bei jenen Konflikten, bei denen eine militärische Intervention stattfand, die tödliche Gewalt häufiger zurückgeht als bei Konflikten ohne ein solches Eingreifen. Allerdings finden sich keine Hinweise darauf, dass humanitäre militärische Interventionen die Dauer von Bürgerkriegen und Massenmorden verkürzen. Ebenso wenig zeigen sich Anzeichen für einen stabileren Frieden nach solchen Eingriffen.

Thorsten Gromes/Matthias Dembinski: Eine Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005, HSFK-Report 2/2013, Frankfurt am Main.

mentenkasten der Diplomatie ausstatten und für kluge Initiativen nutzbar machen.“

Dieser Appell steht allerdings leider nicht im Zentrum der Debatte, sodass sich die Interpretation aufdrängt, mehr Verantwortung solle vor allem mehr Militär bedeuten. Strategien und Erfolgskriterien scheinen dem nachgeordnet. Die notwendige Differenzierung unterschiedlicher Einsätze und Alternativen findet nicht statt und leistet gerade dadurch dem Eindruck Vorschub, es gehe um mehr Bundeswehreinätze. Eine so verstandene Sicherheitspolitik lehnen wir ab. Was eine verantwortungsvolle deutsche Sicherheitspolitik in ihrer Breite ausmacht, können wir hier nicht umfassend darlegen, wollen aber folgende Punkte zur Diskussion stellen:

Überfällig sind eine wissenschaftliche *Evaluierung der Auslandseinsätze* der Bundeswehr und eine Debatte über Erfolgsbedingungen und darüber, wann sich Deutschland an welchen Missionen beteiligen und wann es sich besser heraushalten sollte.

Auf dieser Grundlage sollte diskutiert werden, *was Militär überhaupt zu leisten vermag* und wie Deutschland auf völkerrechtlicher Grundlage innerhalb von EU und NATO „seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit“ (Gauck) einbringen kann. Bisherige wissenschaftliche Untersuchungen lassen hier den begrenzten Nutzen des militärischen Instruments erkennen.

Auf die Grenzen des militärischen Instruments hinzuweisen, heißt nicht, den Beitrag dieses Instruments bei der *Friedenserhaltung* gänzlich in Abrede zu stellen. Die

vorliegenden Forschungsergebnisse legen nahe, dass friedenserhaltende Einsätze in der Tendenz den Ausbruch eines neuen Krieges unwahrscheinlicher machen.

Entscheidend sind in Konflikten allerdings die richtige *politische Strategie* und die wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und konfliktvermittelnden Instrumente, mit deren Hilfe die lokalen Parteien in die Lage kommen könnten, ihre Konflikte nicht mehr gewaltsam auszutragen. Derartige Transformationen sind von außen nur begrenzt steuerbar und könnten auch bei umfassender Ausstattung, gutem Willen und bestem Wissen der intervenierenden Parteien scheitern. Eine Priorisierung des militärischen Instruments geht an der Realität derartiger Einsätze vorbei.

Was *humanitäre militärische Interventionen* betrifft, fällt die bisherige Bilanz der Konfliktforschung insgesamt ernüchternd aus. Eine Folgeabwägung bei der Entscheidung über solche Einsätze steht vor dem Problem, dass die Ursachen von Erfolg und Scheitern noch nicht ausreichend identifiziert sind. An diesem Punkt müsste die politische Debatte ansetzen, statt mehr Militäreinsätze zu fordern, ohne zu wissen, wann diese die gesteckten Ziele erreichen.

Außerdem ist das Konzept der internationalen Schutzverantwortung nicht auf humanitäre militärische Interventionen zu verkürzen. Im Gegenteil könnte Deutschland gerade im nicht-militärischen Bereich viel mehr tun, um die „responsibility to protect“ mit Leben zu füllen. Es könnte beispielsweise den *Aktionsplan zivile Krisenprävention weiterentwickeln* zu einem systematischen Maßnahmenkatalog, um

Anmerkungen

- 1 Joachim Gauck: Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen, Rede anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz am 31.1.14: <http://bit.ly/1f1fMXsm> (11.3.14).
- 2 Frank-Walter Steinmeier: Rede anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, 1.2.14: <http://bit.ly/1kc6Smb> (11.3.14).
- 3 Ursula von der Leyen: Rede anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, 31.1.14: <http://bit.ly/QU8TdR> (11.3.14).
- 4 Josef Joffe: Friedensarbeit 2.0. Gauck rüttelt an deutschen Selbstgewissheiten – und niemand tobt, DIE ZEIT Nr. 7/2014, 6.2.14.
- 5 Günther Nonnenmacher: Deutschland und die Militäreinsätze. Gaucks Leitfaden, FAZ, 31.1.14.
- 6 Clemens Wergin: Die Zeit der außenpolitischen Bequemlichkeiten ist vorbei, DIE WELT, 2.2.14, Seite 9.
- 7 Jakob Augstein: Das Gerede vom Krieg, Spiegel Online, 3.2.14
- 8 Siehe die Informationen zu laufenden und abgeschlossenen Einsätzen auf: www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw (12.1.14).
- 9 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/14491, 6.8.13.
- 10 Vgl. <http://icasualties.org> (11.3.14).
- 11 Alle Berechnungen: Zahlen aus den Jahrbüchern „The Military Balance“, International Institute for Strategic Studies (IISS).
- 12 Patrick Berg: EUFOR Tchad/RCA: The EU serving French interests, Berlin: SWP 2009.
- 13 Thorsten Gromes: Literaturbericht: Der Rückfall in den Bürgerkrieg, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, 2012, 1:2, 275-305, 292f.
- 14 Virginia Page Fortna: Does Peacekeeping Work? Shaping Belligerents' Choices after Civil War, Princeton, NY, 2008, 116.
- 15 Patrick M. Regan: Interventions into Civil Wars: A Retrospective Survey with Prospective Ideas, in: Civil Wars, 2010, 12: 4, 456-476, 461-463.
- 16 Matthew Krain: International Intervention and the Severity of Genocides and Politicides, in: International Studies Quarterly, 2005, 49: 3, 363-387, 383.
- 17 Jacob D. Kathman/Reed M. Wood: Managing Threat, Cost, and Incentive to Kill: The Short- and Long-Term Effects of Intervention in Mass Killings, in: Journal of Conflict Resolution, 2011, 55: 5, 735-760, 755.
- 18 Gregor Hofmann: Politische Bekenntnisse ohne Folgen – Die deutsche Politik und die zögerliche Umsetzung der internationalen Schutzverantwortung, HSFK-Standpunkte, Nr. 6/2013, Frankfurt am Main.

eskalationsträchtige Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu bearbeiten.¹⁸

Wichtig ist auch anzuerkennen, dass unterschiedliche *außenpolitische Ziele in Widerspruch* zueinander geraten können. Zu Recht betonen die RednerInnen in München, dass Deutschland militärisch nie allein, sondern immer nur mit seinen Verbündeten handeln sollte. Allerdings wäre der Umkehrschluss falsch, Deutschland müsse jederzeit mitziehen, sobald sich seine Bündnispartner ins Feld begeben. Es ist keine Weltabgewandtheit, nicht immer den Verbündeten zu folgen. Wer die Forderung nach sorgfältiger Prüfung und Folgenabwägung eines Militäreinsatzes ernst nimmt, kann diese Vorgänge nicht einfach den Verbündeten überlassen.

Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass es sich bei der Bundeswehr um eine *Parlamentsarmee* handelt. Die Beteiligung des Parlaments macht es wahrscheinlicher, dass vor einem Einsatz sorgfältige Prüfung und Folgenabwägung stattfinden. Würde Deutschland den Parlamentsvorbehalt einschränken oder gar abschaffen, wie es Teile der sicherheitspolitischen Fachwelt seit geraumer Zeit fordern, wäre der stabilen Weltordnung und dem Schutz von Zivilisten in Krisenregionen nicht gedient.

Auch das *Gebot der Verantwortung gegenüber den eingesetzten Streitkräften* verlangt unserer Ansicht nach intensive parlamentarische Kontrolle und Beratung sowie klare Einsatz- und Erfolgskriterien. Wenn ein Staat seine SoldatInnen in einen Einsatz schickt, setzt er diese der Gefahr aus, Leib und Leben zu verlieren, mit schwe-

ren psychischen Traumata aus dem Einsatz zurückzukommen, und in ihren privaten Beziehungen Schaden zu erleiden. Das darf weder aus Opportunismus oder aus statusgetriebenen Ambitionen heraus geschehen, sondern nur in Lagen unabwiesbarer Notwendigkeit und vernünftiger Erfolgsaussichten.

Wir empfehlen der Bundesregierung daher ein Festhalten an der *Kultur militärischer Zurückhaltung*. Eine militärgestützte Interessenpolitik ist die falsche Antwort Deutschlands auf eine sich rasant verändernde Welt. Auslandseinsätze der Bundeswehr dürfen sich auch nicht aus dem Willen speisen, irgendwie „dabei sein“ zu wollen. Die deutsche Rolle muss und sollte auch nicht die einer militärischen Führungsnation sein. Deutschland rutscht in der Europäischen Union nolens volens bereits in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in eine Führungsrolle. Eine solche auch im

militärischen Bereich anzustreben, würde die Balancen innerhalb der EU überstrapazieren. Stattdessen sollte Deutschland alternative Strategien internationaler Krisenprävention und Konfliktbewältigung unterstützen und weiterentwickeln, damit diese „früher, entschiedener und substanzieller“ zum Einsatz kommen.

Arvid Bell, Dr. Matthias Dembinski und Dr. Thorsten Gromes sind wissenschaftliche Mitarbeiter der HSFK. Prof. Dr. Berthold Meyer ist ehemaliger Mitarbeiter der HSFK und Honorarprofessor für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Marburg.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 50 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Institutionen“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Der Programmbereich „Information und Wissenstransfer“ vereint das Projekt „Akademisches Friedensorchestr Nahost“, die „Schlangenbader Gespräche“, das „Friedensgutachten“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem arbeiten in der HSFK die programmungebundenen Forschungsgruppen „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“ und „Normativität im Streit: Normkonflikte im globalen Regieren“.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: IBAN DE27 5005 0201 0200 1234 59, SWIFT-BIC HELADEF1822

Design: David Hollstein · Layout: HSFK · Druck: Henrich Druck + Medien GmbH

ISSN 0945-9332